



Sportausschuss

8. Sitzung (öffentlich)

15. August 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:33 Uhr bis 17:36 Uhr

Vorsitz: Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 1 | Den ländlichen Raum stärken statt vernachlässigen! | 3 |
| | Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3657 | |
| | – Gespräch mit dem Landessportbund NRW sowie dem Städte- und Gemeindebund NRW | |
| 2 | Gespräch zu den Special Olympics World Games Berlin 2023 | 13 |
| | – Gespräch mit dem Verband Special Olympics Deutschland in Nordrhein-Westfalen e. V. (<i>Präsentationsfolien s. Anlage 1</i>) | |
| 3 | Die Kooperation zwischen Ganztagschulen und Sportvereinen verbindlich gestalten, Potentiale ausschöpfen! | 24 |
| | Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4342 | |
| | – Wortbeiträge | |

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

4 Sportgroßveranstaltung: Aktueller Planungstand Rhein-Ruhr 2025 FISU World Universiade Games *(Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])* **25**

- mündlicher Bericht im Auftrag der Landesregierung durch die Rhine-Ruhr 2025 FISU Games gGmbH *(Präsentationsfolien s. Anlage 3)*
- Wortbeiträge

5 Verschiedenes **34**

- keine Wortbeiträge

* * *

1 Den ländlichen Raum stärken statt vernachlässigen!

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 18/3657

- Gespräch mit dem Landessportbund NRW sowie dem Städte- und Gemeindebund NRW

(Überweisung an den Sportausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 31. März 2023)

Vorsitzender Bernhard Hoppe-Biermeyer: Wir haben uns darauf verständigt, heute ein Fachgespräch zu dem Antrag durchzuführen. Ich begrüße dazu Herrn Stefan Klett vom Landessportbund NRW sowie Herrn Dr. Christoph Müllmann vom Städte- und Gemeindebund NRW. Wir werden in unserer Sitzung am 26. September das Gespräch auswerten und abschließend zu dem Antrag beraten.

Stefan Klett (Landessportbund Nordrhein-Westfalen): Ich will es kurz machen. Wir haben uns bereits zu dem Thema positioniert, als klar war, dass offenbar in diesem Programm des MLV keine Möglichkeit mehr besteht, den Sport einzubeziehen. Das muss man ehrlicherweise ein Stück weit revidieren, weil wir zumindest im letzten Entwurf erkennen konnten, dass es Möglichkeiten gibt, sehr wohl auch sportliche Aspekte zu berücksichtigen, soweit es sich um Maßnahmen im Bereich der dörflichen Entwicklung handelt, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Das bedeutet, dass Bolzplätze etc. beantragt werden können.

Wir bedauern natürlich, dass es eine Kürzung gegeben hat. Das Landwirtschaftsministerium hat an dieser Stelle sehr spürbare Kürzungen vorgenommen. Wir haben in der Begründung aber auch gelesen, dass man auf ein Sportstättenförderprogramm verweist und – so habe ich das verstanden – eine Doppelförderung nicht forcieren möchte.

Das ist mein Sachstand zum Programm selbst. Was die Sportstättenförderung angeht, kann ich nur sagen, dass wir darauf vertrauen, dass die Landesregierung das, was im Koalitionsvertrag und in der Zielvereinbarung formuliert wurde, in der Kompensation dieses Programms umsetzt. Diesbezüglich werden wir nun schlicht und ergreifend abwarten. Die erste Lesung des Haushalts hat noch nicht stattgefunden, und wir wissen nicht, welche Aspekte noch eingeführt werden. Aber wir werden selbstverständlich sehr genau darauf achten, wie die Kompensation insbesondere im Bereich der Sportstättenförderung vorgenommen werden soll.

Noch eine Randbemerkung: Wir haben uns auch dazu geäußert, dass aus dem Kommunalministerium diese 6 Milliarden Euro in die Kommunen – in Anführungsstrichen – gespült werden. Wir haben öffentlich eine entsprechende Quote gefordert, weil wir fest davon überzeugt sind, dass das Ministerium bzw. das Land eine Vorgabe machen sollte,

damit sichergestellt wird, dass ein gewisser Prozentsatz – wir haben damals von 5 bis 10 % gesprochen – gesichert für den Sport vor Ort fließt, also in Investitionen zum Beispiel für erneuerbare Energien und Sanierungen.

Eine weitere kurze Anmerkung mache ich nur zur Information. Wir werden heute Abend mit all unseren Mitgliedsorganisationen eine Zusammenkunft haben. Wir als Sport mit unseren Organisationen wollen mit Blick auf die Dinge, die wir bisher kennen – sowohl bezogen auf das Programm, welches wir hier besprechen, als auch auf alle anderen Aspekte, die im Rahmen der Landeshaushaltsberatungen geschehen –, eine sehr einheitliche Sprache sprechen. Denn die Verbände und die Bünde vertreten 5,1 Millionen Mitglieder und 18.000 Sportvereine.

Wir freuen uns auf einen konstruktiven Austausch in den kommenden Wochen und wünschen uns natürlich, dass der Sport weiter profitiert und die gute Zusammenarbeit mit der jetzigen Landesregierung fortgesetzt wird.

Dr. Christoph Müllmann (Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen): Ich bin heute in Vertretung der hauptamtlichen Mitarbeiter des Städte- und Gemeindebundes hier, habe mich aber als stellvertretender Vorsitzender unseres Fachausschusses einerseits in das allgemeine Thema eingeleitet, und ich bin andererseits auch als Fachdezernent und Sportdezernent der Stadt Kamp-Lintfort betroffen.

Ich möchte mich vor allem auf unser Schreiben vom 6. Juli an die Ministerin beziehen. Darin sind einige Punkte enthalten, die vorhin auch schon genannt wurden.

Ein Aspekt war die Kritik am Verfahren. Die Städte und Gemeinden sind damit sehr überrascht worden und müssen innerhalb kürzester Zeit bis Ende August Anträge stellen. So etwas ist für uns als Städte und Gemeinden immer wieder misslich. Die Anträge liegen nicht schon in der Schublade, und je kleiner die Städte und Gemeinden sind, desto eher kommen sie an die Grenze der Überforderung, wenn sie solche Anträge ausfüllen müssen, da deren Mitarbeiter sehr unterschiedliche Felder beackern müssen. Das ist also etwas unglücklich.

Zu den Beträgen ist schon etwas gesagt worden. Natürlich finden wir es nicht gut, wenn die Fördersumme insgesamt geringer wird. Der Verweis auf „Moderne Sportstätte 2022“ oder andere Förderprogramme, die jetzt ausgelaufen sind, hilft da natürlich auch nicht weiter. Wir haben das Programm „Moderne Sportstätte 2022“ gerne genutzt, auch wir in Kamp-Lintfort, aber das Programm läuft leider aus. Insofern müssen sich jetzt verschiedene Fachbereiche, zu denen auch der Sport gehört, die geringer werdenden Mittel teilen. Das ist aus unserer Sicht nicht zufriedenstellend.

Christof Rasche (FDP): Die Ausführungen des Städte- und Gemeindebundes sowie des Landessportbundes haben uns wenig überrascht. Es gab zu der Thematik auch Pressemitteilungen, die in dieselbe Richtung gingen.

Ich möchte hier drei Punkte ansprechen.

Erstens. Die Definition dessen, was in diesem Bereich noch für den Sport gefördert werden kann, ist unklar. Mal ist von „öffentlich zugänglich“ die Rede. Wenn man den

Text liest, könnte man meinen, man müsste gemeinnützig sein, um förderberechtigt zu sein. Wenig darunter steht aber, dass Tennis nicht gefördert wird. Tennis ist in der Regel aber auch gemeinnützig. Wir als Ausschuss, der sich für den Sport einsetzt, brauchen eine klare Definition, welche Sportanlagen – Tennisplatz, Kunstrasenplatz, Freibad – unter welcher Voraussetzung gefördert werden und welche nicht. Das erwartet die Sportfamilie. Diese Frage müsste die Staatssekretärin beantworten.

Zweitens. Über die Reduzierung der Fördersumme haben wir hier Sinne des Sports auch schon im diskutiert. Die Reduzierung ist massiv. Aus dem Sport hörte man Sätze wie: „Wir werden rasiert“. In der Ausschussberatung wurde dann gesagt, dass keine Doppelstrukturen und keine Doppelförderung gewollt sind. Dabei wurde auf das Programm „Moderne Sportstätte“ hingewiesen, bei dem wir alle darauf gehofft haben, dass die finanziellen Rahmenbedingungen das Programm für das Jahr 2024 zulassen.

Nach alldem, was jetzt vorliegt, wird es kein Programm „Moderne Sportstätte 2024“ geben. Natürlich haben wir bzw. hat die Koalition noch die Möglichkeit, in der dritten Lesung etwas zu verändern, aber man hätte es ja schon in der ersten Lesung machen können. Das ist nicht geschehen. Deswegen ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass diese Doppelförderung, die vermieden werden sollte, gar nicht zum Tragen kommt.

Vielleicht wäre dies ein Jahr später, 2025, der Fall, aber dann wäre doch die logische Folgerung, die alte Programmatik, die sehr erfolgreich war, wie eben auch geschildert wurde, für dieses Überbrückungsjahr fortzusetzen. 2024 wäre also sinngemäß unserem Antrag entsprechend die Förderung fortzusetzen, und wenn dann ein Programm „Moderne Sportstätte 2025“ kommt, dann können wir gerne darüber reden, dass wir keine Doppelförderung wollen. Aber wir bekommen nun zweimal negative Nachrichten und Entscheidungen und nicht eine einzige positive, die zu einem Ausgleich führen würde.

Diese beiden Punkte sind besonders wichtig. Vielleicht könnten Sie als Landesregierung drittens noch etwas dazu sagen, was mit dem Programm „Moderne Sportstätte“ geplant ist. Dafür wäre ich Ihnen dankbar.

Falls es seitens des Landessportbundes oder des Städte- und Gemeindebundes die Auffassung gibt, dass meine Schilderung falsch war – wir alle drücken uns hier im Sportausschuss diplomatisch aus –, bitte ich Sie, dies zu korrigieren. Wenn es aber aus Ihrer Sicht so in Ordnung war, dann spricht das für sich.

Vorsitzender Bernhard Hoppe-Biermeyer: Frau Staatssekretärin wurde angesprochen, ich will aber darauf hinweisen, dass für den 26. September die Auswertung des heutigen Gesprächs geplant ist. Von daher sollten wir die Gelegenheit für Nachfragen bei den beiden Gästen nutzen. Wenn es keine gibt, ist es natürlich auch in Ordnung.

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei): Es wurden verschiedene Fragen gestellt. Die eine richtete sich an das zuständige Ressort: Was ist genau gemeint? Wer kann unter welchen Umständen wie viel Geld aus diesem Programm bekommen? Ich denke, das werden die Kollegen aus dem MLV auch beantworten können.

Sie haben mich gefragt, wie es mit „Moderne Sportstätte“ aussieht. Ja, es stimmt, dass wir für das kommende Jahr keine Neuauflage geplant haben. Sie wissen, wir sind im Moment in der Evaluierung, aber wir haben bisher auch noch nicht einmal alles Geld ausgegeben, geschweige denn verbaut. Wir haben wegen Corona erlaubt, das ganze Jahr noch später abzuwickeln. Damit sind wir den Vereinen entgegengekommen. Das bedeutet, dass zum Beispiel auch noch heute Bewilligungen für Restfördermittel ausgesprochen worden sind.

Die zweite Tranche waren die Outdoor-Sportstätten. Jeder Kreis und jede kreisfreie Stadt hat noch einmal 500.000 Euro dafür bekommen. Dafür sind noch gar nicht alle Bewilligungen da. Hier reden wir also nicht über Restemittel, sondern es sind noch nicht mal alle Anträge da.

Es wird jetzt überall noch kräftig gebaut und endabgerechnet, sodass wir in diesem Jahr mit der Evaluierung noch gar nicht fertig werden können.

Sie haben recht mit Ihrer Frage, wann mit einer Neuauflage zu rechnen ist, wenn nicht im kommenden Haushalt. Der Koalitionsvertrag gibt vor, dass es eine Weiterentwicklung geben wird, aber er nennt kein Jahresdatum. Deswegen kann ich Ihnen heute auch keines nennen.

Tülay Durdu (SPD): Ich will zunächst mitteilen, dass meine Kollegen noch bei einer Klausurtagung sind. Deswegen bin ich heute alleine hier.

Ich möchte zunächst gerne auf Frau Staatssekretärin eingehen. Ich habe schwer damit gerechnet, dass wir für dieses Jahr einen Zwischenstandsbericht darüber bekommen, was ausgegeben worden ist und was noch im Topf „Moderne Sportstätte“ enthalten ist. Daher möchte ich hier mündlich den Antrag stellen, dass wir zumindest einen Zwischenbericht bekommen. Sie haben absolut recht: Wenn noch Gelder fließen, dann können Sie natürlich keinen endgültigen Stand mitteilen, aber ein Zwischenbericht wäre schon hilfreich.

Herr Dr. Müllmann, ich möchte Sie fragen, ob Sie uns grundsätzlich eine Einschätzung geben können, was sich nach der Zusammenlegung der Förderlinien geändert hat – pro und contra.

Dr. Christoph Müllmann (Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen): Ich kann das im Einzelnen nur eingeschränkt sagen. Letztlich ist es aus Sicht der Kommunen nicht so entscheidend, von wo das Geld kommt. Für uns ist entscheidend, dass die Summe möglichst gleich bleibt. Das hatte ich eben schon angesprochen.

Ich sage es jetzt mal ganz generell, ohne im Detail Kenntnisse über die Förderprogramme zu haben: Es ist wichtig, dass die Programme möglichst einfach sind. Ich kann aus langjähriger Erfahrung sagen, dass wir mit vielen Programmen erhebliche Probleme haben. Je kleiner die Kommunen sind, umso größer sind die Probleme, diese Programme abzuwickeln.

Ergänzend dazu: Es gibt immer wieder neue Programme, und immer wieder müssen sich die Sachbearbeiter einarbeiten und nach neuen Programmen Anträge stellen. Wenn

wir uns etwas wünschen könnten, dann wäre es, dass man die Verfahren möglichst gleich und einfach hält – für verschiedene Programme möglichst gleiche Verfahren.

Norwich Rübe (GRÜNE): Vielen Dank für die Erläuterungen. Was Sie zuletzt gesagt haben, finde ich absolut entscheidend. Ich glaube, dass wir uns als Politik in der Tat mal Gedanken machen müssen, was die Förderprogramme bzw. die Vielzahl der Programme angeht. Das bezieht sich nicht allein auf den Sport, sondern man kann es bis zur EU-Ebene hochziehen. Es gibt so viele Programme, und es stellt sich die Frage, wer sie im jeweiligen Bereich noch überblicken kann. Denn die Rückmeldung, dass es zu kompliziert ist, bekommen wir überall. Kreise stellen Leute dafür ein, die Förderprogramme abzuscannen, um zu schauen, ob sie genutzt werden können. Wir müssen uns als Politik sicherlich Gedanken machen, ob das so sinnvoll ist.

Gefreut habe ich mich übrigens, dass die SPD doch nicht das Interesse am Sport verloren hat und aus anderen Gründen heute nicht da ist.

Ich will an unsere Diskussion über den Antrag im Rahmen der Aktuellen Stunde erinnern und wiederholen, was ich da schon gesagt habe. Ich habe mich über den Antrag aus zwei Gründen ein bisschen geärgert. Zum einen suggeriert er mit dem Titel, hier würde irgendwer ländliche Räume vernachlässigen. Wir haben in der gesellschaftlichen Debatte derzeit ohnehin viel Zunder, und wir sollten uns alle miteinander hüten, solche vorgeblichen Urteile auch noch zu befördern. Je nach Sichtweise glaubt der eine aus dem ländlichen Raum, er werde benachteiligt, und wenn man die Menschen im Ruhrgebiet fragt, sagen sie: Ich finde, für Gelsenkirchen könnte man schon mehr tun. – Da muss man, meine ich, sehr aufpassen.

Zweitens finde ich wichtig – Herr Rasche, das wissen Sie nur zu gut –: Wenn Programme zeitlich befristet installiert werden, was sowohl für das im Antrag angesprochene Programm zur Sanierung von Feuerwehrhäusern als auch für die Sportstätten gilt, dann sollte Politik auch so ehrlich sein, zu sagen, dass es zeitlich befristet angelegt ist, und dann evaluiert man.

Ich fand auch die Erläuterung der Staatssekretärin gut, die sagte, es sei noch gar nicht alles abgearbeitet. Die befürchtete Lücke, die Sie suggerieren, entsteht vielleicht gar nicht. Und dann entscheidet man sich eben neu.

Eines will ich noch sagen. Ich glaube, wir tun als Politik gut daran, ehrlich mit den Menschen umzugehen. Wir befinden uns in einer tiefen Krise der Staatsfinanzen, und wir müssen genau überlegen, was wir uns wirklich leisten können. Was ist möglich? Was ist ganz dringend notwendig?

Aber wir können nicht immer so weitermachen. Bei Corona haben wir gesagt, dass wir es auf 50 Jahre abschreiben. Also darf die nächste Krise erst in 50 Jahren kommen. Mit dem Ukrainekrieg machen wir es ähnlich. So verschieben wir, obwohl wir es mit der Schuldenbremse anders machen wollten, wieder die Kosten für unsere Gegenwart in die Zukunft unserer Enkel.

Von daher sollten wir auch bei diesem Thema ein bisschen runterkochen. Ich glaube, es ist bei Frau Staatssekretärin in guten Händen. Es geht darum, zu schauen, was wir als Land tun können, und das werden wir dann auch machen.

Tülay Durdu (SPD): Ich koche sehr gerne und weiß, dass man Höchsttemperaturen braucht, damit das Essen gelingt. Danke auch, dass Sie festgestellt haben, dass die SPD doch Interesse am Sport hat. Mit der Aussage kann ich nichts anfangen, aber das lassen wir mal so stehen. Sie wollten wahrscheinlich nur ein bisschen witzig werden.

Ich habe noch eine Frage an Herrn Klett und an Herrn Dr. Müllmann. Braucht es nach Ihrer Einschätzung für den ländlichen Raum besondere Fördermittel? Können Sie uns Input dazu geben, an welcher Stelle man anders denken müsste, vielleicht weg von den Modellen für Fördermittel? Ich glaube, wir müssen so langsam grundsätzlich überlegen, ob wir mit den Fördertöpfen gut unterwegs sind. Man hört ja, dass nicht alle Bewilligungen erledigt sind,

(Bodo Löttgen [CDU]: Das stimmt!)

und Fördermittel werden – warum auch immer und in allen Bereichen – nicht beantragt.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

– Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie nicht dazwischenquatschen würden. Danke schön.

Vielleicht sollte man hier im Sportausschuss eine andere Marschrichtung berücksichtigen. Das ist eher eine produktive und keine kritische Frage.

Dr. Christoph Müllmann (Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen): Ich versuche gerade, mir das vorzustellen. Ihre Frage geht dahin, dass man noch spezifischere Programme für die kleinen Städte und Gemeinden macht.

Die Bedarfe sind je nach Größenordnung einer Stadt natürlich unterschiedlich. Die Programme müssen nicht unbedingt unterschiedlich sein. Ich bin da vielleicht eher bei dem Verfahrensthema, dass größere Städte bessere Bürokrationen haben und dann Dinge vielleicht anders angehen können. Aber grundsätzlich liegt es, meine ich, nicht an der Art der Programme. Sie müssen nur so gestrickt sein, dass kleine Städte auch darauf zugreifen können. Das ist wichtig.

Wir stellen im kreisangehörigen Raum zum Teil fest, dass bestimmte Programme nur die kreisfreien Städte und die Kreise adressieren. Dann gibt es eine Verteilfunktion über die Kreise. Das macht zum Teil Probleme für die Kommunen. Aus unserer Sicht ist es häufig besser, wenn das Geld nicht an die Kreise, sondern unmittelbar an die Städte und Gemeinden geht. Das wäre vielleicht ein wichtiger Verfahrenspunkt.

Stefan Klett (Landessportbund Nordrhein-Westfalen): Ich kann die Fragen sehr knapp beantworten. Das Programm „Moderne Sportstätte 2022“ hat sich absolut bewährt, und zwar nicht nur, weil die Mittel des Landes geflossen sind, sondern weil auch noch viele Komplementärmittel geflossen sind. Wir wissen, dass in Gänze eine Summe von nahezu 600 Millionen Euro in die Sanierung gesteckt wurde. Insofern würden wir ein solches Programm auch weiterhin absolut begrüßen.

Inwiefern man die Kommunen einbindet, damit man auch die kommunalen Sportstätten in dieser Gesamtkonstruktion berücksichtigt, muss man sehen. Aber ich kann auf

Seite 2 des Antrags Bezug nehmen. Dort wird im zweiten Abschnitt im Kontext der Herausnahme aus dem Programm für Strukturentwicklung auf das Programm „Moderne Sportstätte 2022“ verwiesen. Das wäre für uns durchaus ein Weg, den wir uns in der Fortschreibung dieser Erfolgsgeschichte sehr gut vorstellen können, zumal man auch wissen muss, dass es nicht nur um Geld ging. Natürlich war das der entscheidende Faktor, aber es hat den organisierten Sport insbesondere sehr gestärkt, weil er für sich selbst Prioritäten setzen konnte und weil er dadurch vor Ort noch besser vernetzt wurde. Ich meine, es hat auch dem Miteinander von Sport und Kommunen gutgetan, weil allein diese Benehmensregelung dafür gesorgt hat, dass auch kleine Kommunen mit ihren Stadtsportverbänden oder auch mit den weiteren Stadt- oder Kreissportbünden in einen guten Austausch gegangen sind.

Um die Frage also konkret zu beantworten: Eine veränderte Struktur erachten wir an der Stelle nicht für nötig, wenn sie denn so käme, wie sie da war.

Christof Rasche (FDP): Ich habe bei meinem Statement vorhin gesagt, dass wir, was die Fördersummen betrifft, zwei Bereiche haben. Der eine ist das Programm für Strukturentwicklung im ländlichen Raum, bei dem erheblich reduziert wurde, und das sollte zweitens ausgeglichen werden – Herr Klett hat es gerade noch einmal gesagt – durch „Moderne Sportstätte 2024“. Das ist nicht passiert.

Ich habe dann gesagt, es müsse im Jahr 2023 wenigstens eine der beiden Lösungen geben und man möge mir vom Städte- und Gemeindebund oder vom Landessportbund widersprechen, wenn ich das falsch sehe. Ein Widerspruch ist nicht erfolgt, was eigentlich auch logisch ist, weil es der bisherigen Haltung entspricht. Deswegen werbe ich dafür, dass wir auch noch für 2023 eine Lösung erhalten.

Meine erste Frage bezog sich auf die Definition. Was wird gefördert und was nicht? Da wurde auf das MLV verwiesen. Ist jemand vom MLV hier? Zweitens wundert es mich wirklich, dass die Staatskanzlei, die für den Sport zuständig ist und einen sehr guten Job macht, sich nicht von sich aus mit Eigenantrieb dahinter setzt und wissen will, welche Definitionen es für die Förderung in diesem Bereich gibt. Für mich wäre es selbstverständlich, dass man diesen Weg geht.

Dann habe ich noch eine Frage zur Evaluierung des Förderprogramms „Moderne Sportstätte 2022“ gestellt. Der Präsident des Landessportbundes, Stefan Klett, hat gerade gesagt, für ihn sei die Evaluierung abgeschlossen, da es ein totaler Erfolg war: 300 Millionen Euro vom Land und noch mal 300 Millionen Euro an Komplementärmitte[n] dazu; insgesamt 600 Millionen Euro. Der Bedarf ist also immer noch da, und die Forderungen sind auch berechtigt.

Ich möchte vermeiden, dass der Eindruck entsteht, hier werde mit der Argumentation einer Evaluierung auf Zeit gespielt, damit man erst einmal ein paar Jahre gewinnt, sodass man dem Sport nicht das Geld gibt, welches er haben möchte, welches ihm zusteht und welches eigentlich auch versprochen war. Ich möchte nicht, dass dieser Verdacht entsteht.

Herr Rüße hat gerade gesagt, dass wir uns ganz genau überlegen müssen, was wir uns noch leisten können. Genau das ist die Frage. Was hat bei einem engen finan-

ziellen Spielraum Priorität? Genau das haben Sie gerade übersetzt gesagt. Dann ist eben die Frage, welche Priorität der Sport hat. Das diskutieren wir hier im Sportausschuss, und das muss die Koalition am Ende beantworten.

RB'e Dr. Dagmar Grob (MLV, Referatsleiterin): Ich muss etwas weiter ausholen. Das Förderprogramm unseres Hauses heißt „Förderung der Struktur- und Dorfentwicklung“. Es beinhaltet verschiedenste Fördergegenstände. Ziel dieser Förderrichtlinie ist letztendlich die Schaffung und Erhaltung attraktiver, lebenswerter Dörfer und Orte sowie, die ländlichen Räume als Lebens-, Erholungs- und Naturräume weiterzuentwickeln. Es hat also einen sehr breiten Fokus in seiner Ausrichtung.

Wir führen mit dieser Förderrichtlinie zwei unterschiedliche Förderungen zusammen, und zwar die in der letzten Legislaturperiode im Heimatministerium ressortierte Dorferneuerung und die im damaligen MULNV ressortierte Strukturentwicklung ländlicher Räume.

Vor dem Hintergrund der allgemeinen Finanzlage gibt es eine deutliche Kürzung der Haushaltsmittel, weshalb wir uns mit unserer Förderrichtlinie auf die Kernthemen der Dorfentwicklung beschränken. Das betrifft unter anderem so etwas wie Dorfgemeinschaftshäuser, Dorfläden, Grund- und Naherholungsangebote, Nahversorgungsangebote, Freizeiteinrichtungen und ähnliche Dinge.

Errichtung, Erweiterung, Ausbau und Modernisierung von Sportanlagen, Sporträumen und Sportgelegenheiten zur Nutzung für Spiel, Sport und Bewegung, wie es damals in der Richtlinie hieß, haben wir 2019 vor dem Hintergrund aufgenommen, dass wir damals einen erheblichen Mittelzuwachs hatten. Außerdem – das wird im Antrag auch aufgeführt – spielen die Sportvereine sicherlich auch eine wesentliche Rolle in den ländlichen Räumen für das Sozialleben. Auch wir haben gesagt, dass sie einen wichtigen Beitrag leisten. Wenn wir sie finanziell unterstützen können und die Mittel haben, tun wir das gerne.

Mittlerweile ist die finanzielle Situation aber eine andere. Das heißt, wir haben ein deutlich geringeres Mittelvolumen, weshalb wir uns auf die Kernbestände der Dorfentwicklung beschränken.

Die aktuelle Formulierung ist jetzt so, dass die Bezeichnung „Sportanlagen“ nicht mehr in der Richtlinie zu finden ist. Sie finden dort jetzt die Formulierung „Schaffung, Erhaltung, Verbesserung und der Ausbau von Freizeit- und Naherholungseinrichtungen mit überwiegend lokalem oder regionalem Bezug“. Das sind die schon zitierten Bolzplätze oder Soccerfelder, es sind aber nicht DIN-gerechte Sportstätten für den organisierten Vereins- und Schulsport. So viel zur Abgrenzung.

Dann kam noch die Frage, was sich durch die Zusammenlegung der beiden Fördergegenstände geändert hat. Inhaltlich hat sich im Großen und Ganzen fast nichts geändert, mit Ausnahme dieses einen geänderten Fördergegenstandes, den ich eben zitiert habe. Die Fördergegenstände, die es sonst in der Dorferneuerung und in der Strukturentwicklung gab, gibt es weiterhin. Sie sind vielleicht mal ein bisschen umformuliert worden, de facto ist aber das Gleiche möglich. Es hat sich auch an den Abläufen

nicht sonderlich viel verändert, sondern wir haben bewusst gesagt, dass wir einfach nur diese beiden Förderungen zusammenführen.

Was sich im Vergleich zur Dorfentwicklung geändert hat, ist der Zeitraum, in dem man Förderanträge einreichen konnte. Es war im Heimatministerium in der vergangenen Legislaturperiode in der Regel so, dass bis zum September eines Jahres die Förderanträge für das nächste Jahr eingereicht wurden. Das Programm wurde dann in der Regel im Mai oder Juni veröffentlicht.

Da hatten wir häufig das Problem, dass durch die Verteuerung der Baukosten die Kalkulationen nicht mehr gestimmt haben und dadurch unsere gesamte Fördermittelkalkulation nicht gepasst hat. Vor diesem Hintergrund führen wir es jetzt enger zusammen. Da sich aber an den Fördergegenständen grundsätzlich nichts geändert hat, ist das unserer Auffassung nach keine große Umstellung für die Kommunen in Hinblick darauf, was eigentlich beantragt werden kann. Wir haben es auch immer so kommuniziert, dass wir letztendlich nur die beiden Förderrichtlinien zusammenführen. Es soll jetzt nur von dem Zeitpunkt an, zu dem die Anträge eingereicht werden, schneller gehen, bis wir tatsächlich eine Bewilligung aussprechen können, um zu verhindern, dass uns die Kosten davonlaufen.

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei): Ich möchte noch etwas zur Evaluierung ergänzen. Wenn ich Ihnen einen Bericht abliefern würde, dass alles prima war – „300 Millionen Euro plus 300 Millionen Euro gleich fantastisch“ –, dann würden Sie mich dafür, denke ich, nicht unbedingt belobigen. Wir verstehen unter einer Evaluierung, dass wir Ihnen dann, wenn es soweit ist, zusammenstellen können, in welchen Bereichen was tatsächlich gemacht worden ist.

Wie ist es mit dem Bereich „Energie“? Haben viele Vereine die Chance genutzt, um sich energetisch für die Zukunft aufzustellen? Haben viele Vereine die Chance genutzt, Barrierefreiheit oder Barrierearmut anzubieten? Haben andere Vereine sich vielleicht andere Dinge erfüllt, die wünschenswert sind, aber zu keinem dieser beiden Themenbereiche gehören? Gibt es Ideen, von denen viele profitieren könnten, wenn sie wüssten, dass es diese Ideen gibt und eine Chance hatten, realisiert zu werden? Es ist also schon ein bisschen mehr, als nur zu sagen, dass alles prima und wunderbar war. Das würden wir Ihnen schon gerne spezifisch geben.

Ich habe vorhin gesagt, dass es noch nicht abgeschlossen ist. Es ist nicht so, dass wir nicht schon wüssten, welche Sportlandschaft über wie viel Geld verfügen wird. Wir haben übrigens das gemacht, was gerade auch seitens der Kommunalverbände gefordert worden ist: Wir haben das Geld nicht auf die Kreise ausgereicht, sondern tatsächlich kommunenscharf an die örtlichen Sportverbände. Die haben in ihrer Sportmitgliedschaft geschaut, wer eigene Sportstätten hat und wer was realisieren möchte. In einer ersten Kraftanstrengung hat man sich untereinander geeinigt und uns auch Pläne vorgelegt.

Dann sind die Baukosten explodiert, was dazu geführt hat, dass viele dieser Pläne verändert werden müssen. Manches ist halbiert worden, bei manchen Plänen hat es geklappt, bei anderen hat man gesagt, dass mehr Ehrenamt benötigt wird. Wenn man

die Ehrenamtsstunden zu alldem in ihrer Wertigkeit hinzurechnet, sind wir nicht bei 300 Millionen Euro plus 300 Millionen Euro, sondern es kommt noch viel mehr hinzu. Das Ehrenamt hat sehr viel geleistet, was wir gar nicht beziffern können, schon gar nicht in Geld und leider auch nicht in Stunden, weil es, um die Bürokratie zu vermindern, keine Vorgabe war, so etwas aufzuschreiben.

Was jetzt immer noch passiert – gestern noch und auch heute noch –: Viele merken, dass sie ihr Projekt verkleinern müssen, weil sie es nicht mehr vollständig finanzieren können. Wurden beispielsweise 70.000 Euro bewilligt, es werden aber nur noch 50.000 Euro verbaut, weil das Projekt aufgrund der Baukosten halbiert werden musste, werden 20.000 Euro an den jeweiligen Sportverband zurückgegeben. Dieser schaut, ob der nächste Verein auf der Prioritätenliste mit 20.000 Euro etwas umsetzen kann. Wenn es nicht der nächste ist, dann ist es vielleicht der übernächste. Deshalb sollten die Verbände Wartelisten anlegen. Sie sollten damit nicht nur erkennen können, wie viel mehr Geld benötigt worden wäre, sondern sie sollten auch für Situationen, die wir 2018 noch gar nicht einschätzen konnten, die aber durch Corona und die explosionsartig steigenden Baukosten entstanden sind, auf den Wartelisten der Sportbünde genügend weitere Projekte haben, sodass kein einziger Euro von den 300 Millionen Euro des Landesgeldes – also Ihres Geldes – verloren geht. Das wird in den nächsten Wochen noch weitergehen.

Die weiteren 500.000 Euro, die wir speziell nach Corona für den Outdoor-Sport aufgelegt haben, waren schon Bestandteil der 300 Millionen Euro. Dafür gab es ursprünglich nur andere Pläne. Diese 500.000 Euro werden erst bewilligt, wenn sich das gesamte zu bedienende Gebiet geeinigt hat, was an Outdoor-Projekten von diesem Geld realisiert werden soll. Viele haben festgestellt, dass das tatsächlich kommunal besser zu realisieren ist als auf Vereinseigentum, weil es für alle Menschen ohne Mitgliedschaften immer zugänglich sein soll. Es gibt viele Großprojekte, bei denen nur die Kommune Bauherr ist. Wir werden all die Unterschiedlichkeiten des Landes NRW abgebildet finden, wie auch unsere Kommunen und Kreise bunt sind.

Wovor ich immer ein bisschen warne: Sie öffnen immer gerne unsere Töpfe für die Kommunen, aber die Kommunen nicht unbedingt ihre Töpfe für die Vereine. Das möchte ich hier auch sagen. Das steht im Koalitionsvertrag; das habe ich sehr wohl gelesen. Ich möchte nur den Finger heben: dann bitte auch umgekehrt. Wo kommunale Töpfe gegründet werden, soll bitte auch an die vereinseigenen Sportstätten gedacht werden.

Vorsitzender Bernhard Hoppe-Biermeyer: Ich weise noch einmal darauf hin, dass die Auswertung des Gesprächs am 26. September erfolgt. Dann kann abschließend über diesen Antrag beraten werden.